

niedersachsen *magazin*

September 2021 • 83. Jahrgang

*NBB – Niedersächsischer Beamtenbund
und Tarifunion*

Der Herbst naht

- Tarifverhandlungen
- Wahlen
- Corona

Seite 4 <

DPVKOM
Gewerkschaftstag

Seite 5 <

Veranstaltungs-
hinweis

Seite 6 <

Aktuelles
aus den MG



Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

während die meisten von uns in den vergangenen Wochen vermutlich endlich einmal die Gelegenheit hatten, ein wenig Urlaub zu genießen und die oftmals anstrengenden Belastungen der Vergangenheit ein klein wenig in den Hintergrund treten zu lassen, wirft der schon so oft zitierte „heiße Herbst“ immer deutlicher seine Schatten voraus.

Wahlen im Herbst

Ende September erwarten wir eine Bundestagswahl, deren Ausgang nach wie vor so offen ist, wie seit vielen Jahren nicht mehr.

Darüber hinaus dürfen die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen zusätzlich in den Kommunen über die zukünftige Ausrichtung der politischen Selbstverwaltung direkt vor Ort in den Städten und Gemeinden entscheiden.

Beide Wahlen dürften für die Menschen in Niedersachsen gleichzeitig einen Fingerzeig auf die Landtagswahlen im kommenden Jahr geben, die für uns als Niedersächsischer Beamtenbund natürlich eine ganz besondere Bedeutung haben.

Aktuell führen wir seitens der Landesleitung des NBB erneut intensive Gespräche mit den niedersächsischen Spitzenpolitikerinnen und Spitzenpolitikern, um insbesondere im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl immer wieder auf die umfangreichen Probleme des öffentlichen Dienstes und die vielen nach wie vor unbeantworteten Fragen hinzuweisen.

Dabei spielen in besonderem Maße natürlich das Thema der Besoldung und Entlohnung, gleichzeitig die gesamte Zukunft des öffentlichen Dienstes und die Situation unserer Kolleginnen und Kollegen eine ganz wesentliche Rolle.

Inflationsrate

Ich erinnere in diesem Zusammenhang beispielsweise an die aktuellen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung des Verbraucherpreisindex, also der Inflationsrate in Deutschland.

So haben die aktuellen Berechnungen ergeben, dass der Index im Juli 2021 im Vergleich zum Vorjahresniveau des Juli 2020 um 3,8 Prozent gestiegen ist und damit im Vergleich zu den Vormonatsdaten einen sprunghaften Anstieg von 0,9 Prozent verzeichnen musste.

Dieser Anstieg lässt sich zum einen durch den Effekt der Rücknahme der Mehrwertsteuersenkung im vergangenen Jahr erklären, hat

aber auch andere Ursachen, die deutlich Sorge machen. Insbesondere die Energiepreise, speziell für Heizöl und Kraftstoff, als Ergebnis der zum Jahresbeginn eingeführten CO₂-Abgabe, aber auch der allgemeinen Energiepreisentwicklung sorgen für einen deutlichen Anstieg der Preisschraube.

Betrachtet man sich die einzelnen Preissegmente wird deutlich, dass insbesondere bei den Nahrungsmitteln, Bekleidungsartikeln und den Leistungen für soziale Einrichtungen erneut teilweise erhebliche Teuerungsraten zu verzeichnen sind. Ebenso stieg der bedeutsame Index für Nettokaltmieten um 1,4 Prozent.

Diese Zahlen verdeutlichen, wie dringend wir uns über eine angemessene Bezahlung mit den politisch Verantwortlichen auseinandersetzen haben. Die Kolleginnen und Kollegen spüren die Auswirkungen dieser steigenden Inflationszahlen Monat für Monat in ihrem eigenen Geldbeutel.

Tarifverhandlungen

Besonders interessant ist dabei der Ausblick auf die anstehenden Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst der Länder, zumal sämtliche Tarifaueinandersetzungen seit dem vergangenen Jahr deutlich durch die Auswirkungen der Corona-Krise geprägt waren.

Schon vor Bekanntgabe der erheblichen Entwicklungen in den Preissteigerungsraten fiel die um die Preissteigerung bereinigte reale Tariflohnentwicklung erstmals seit vielen Jahren negativ aus.

Der beschriebene Verlauf der Inflationsrate in diesem Sommer und die Ankündigungen der verantwortlichen Haushaltspolitikerinnen und Haushaltspolitiker lassen dabei für die Zukunft nichts Gutes erwarten.



> Alexander Zimbehl,
1. Landesvorsitzender

© NBB

Impressum

Herausgeber: NBB Niedersächsischer Beamtenbund und Tarifunion, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. **Telefon:** 0511.3539883-0. **Telefax:** 0511.3539883-6. **E-Mail:** post@nbb.dbb.de. **Internet:** www.nbb.dbb.de. **Bankverbindung:** BBBank Karlsruhe, BIC: GENODE61BBB, IBAN: DE07 6609 0800 0005 4371 56. **Redaktion:** Alexander Zimbehl (1. Landesvorsitzender), Azra Kamber (Landesgeschäftsführerin).

Verantwortlich für den Inhalt: Alexander Zimbehl, Ellernstraße 38, 30175 Hannover. Beiträge mit Autorenangabe stellen nicht unbedingt die Meinung des NBB dar.

Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Titelfoto: © LoggaWiggler/Pixabay

Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. **Layout:** Dominik Allartz.

Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannan, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Andrea Franzen, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. **Preisliste** 25, gültig ab 1.10.2020.

Bezugsbedingungen: Erscheint 10-mal jährlich. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Jahr 19,90 Euro. Für Mitglieder ist der Bezugspreis durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Bezug nur durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag.



Ich habe in den vergangenen Wochen viele Gespräche mit betroffenen Menschen im öffentlichen Dienst geführt, die sich zunehmend von der Politik alleingelassen fühlen – alleine schon deshalb, weil sie das Gefühl haben, dass ihre Sorgen und Ängste nicht umfänglich wahrgenommen werden.

Es ist unsere Aufgabe als Verband, diesen Sorgen und Ängsten der Kolleginnen und Kollegen nicht nur zu begegnen und sie aufzunehmen, sondern gleichzeitig immer wieder die Politik daran zu erinnern, dass die Anzahl derer im öffentlichen Dienst, die gezwungen sind, jeden Euro sinnbildlich mittlerweile dreimal umzudrehen, immer größer wird. Die Hoffnung, dass sich die Arbeitsbedingungen und die wirtschaftlichen Perspektiven für die Menschen in unseren Bereichen in den kommenden Jahren bessern, schwindet leider nach wie vor.

Spätestens nach der Bundestagswahl wird deutlich werden, dass Bund und Länder infolge des dann notwendigerweise durchzuführenden Kassensturzes noch mehr darauf drängen, genau in den Bereichen einzusparen, in denen sie selber die personelle Verantwortung tragen. Insbesondere die nach wie vor schwer abzusehenden wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise wie auch die erforderlichen Aufbauhilfen für die in so schrecklicher Weise betroffenen Menschen in deutschen Hochwassergebieten, werden die Konsequenzen dieses Kassensturzes vermutlich noch schwerwiegender gestalten.

■ Solidarität

Umso mehr spielt der Solidargedanke innerhalb unserer Organisation eine wesentliche Rolle. Der öffentliche Dienst muss nach meiner festen Überzeugung jetzt eng zusammenstehen und deutlich machen, dass wir uns mit all unseren verfügbaren Kräften gegen die Entwicklungen stemmen, durch weitere Haushaltskürzungen genau die Menschen alleine stehen zu lassen, die dieses Land stützen und ihre Arbeitskraft für unser Gemeinwohl einsetzen.

■ Streik der GDL

Deutlich wird dieser wichtige Solidargedanke beispielsweise im Zusammenhang mit den Streikaktionen der Gewerkschaft der Lokomotivführer (GDL). Die Durchführung eines Streiks ist eine der schärfsten Waffen des Arbeitskampfes und natürlich gibt es für eine Streikaktion, insbesondere in einem Bereich, von dem viele Menschen – hier als Bahnreisende und Pendler – betroffen sind, selten einen geeigneten Zeitpunkt.

Es ist aber auch genauso wichtig, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, weshalb die GDL zu diesem Mittel greifen muss. Es geht nicht mehr und nicht weniger als um die Umsetzung der Forderungen entsprechend des Abschlusses zum Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes aus dem vergangenen Jahr. Darüber hinaus fordert die GDL die Fortsetzung der bisherigen betrieblichen Altersvorsorge. Ich halte es persönlich für wichtig, mit dem Mittel des Streiks sehr behutsam umzugehen.

Wer aber die aktuelle Situation der betroffenen Kolleginnen und Kollegen der GDL, angesichts der skizzierten Entwicklungen im Ausgabensektor und der gleichzeitigen Verweigerungshaltung des Arbeitgebers, einen zumindest halbwegs angemessenen Kompromiss anzubieten, genauer bewertet, wird feststellen, dass an dieser Form des Arbeitskampfes leider kein Weg mehr vorbei führt.

Gerade bei der Deutschen Bahn AG sieht man, wohin ein politisch gewollter Privatisierungswille und ein geformter Managementgedanke zum Nachteil der Beschäftigten in den vergangenen Jahren geführt haben. Und diese Entwicklungen lassen sich, auch hier wieder mit Blick auf die Bundestagswahl und die skurrilen Ideen einzelner Bundestagsabgeordneter, nur stoppen, wenn es gelingt, den öffentlichen Dienst wieder dahin zurückzuführen, wo er richtigerweise mal gewesen ist: zu einem Unternehmen der systemrelevanten Grundversorgung, mit angemessenen und fairen Tarifverträgen und einer soliden Sicherung für die Beschäftigten.

Genau an diesem Punkt wird im Übrigen die teilweise widersinnige öffentliche Diskussion, die seitens Einzelner in der Politik angestoßen und durch Medienvertreter gerne aufgenommen wird, besonders deutlich. Auf der einen Seite werden die (berechtigten) Streikmaßnahmen der GDL in schärfster Form kritisiert und auf die Systemrelevanz der Aufrechterhaltung der Mobilität hingewiesen. Auf der anderen Seite werden weiterhin Diskussionen vom Zaun gebrochen, ob für „nicht hoheitliche“ Aufgaben auch in der Zukunft Beamtinnen und Beamte benötigt werden, da man sich mit der Abschaffung des gerne skizzierten „teuren Beamtenapparates“ eine Entlastung der öffentlichen Kassen erhofft.

Nur zur Erinnerung: Beamtinnen und Beamten verzichten unter anderem deshalb auf ihr Streikrecht, da für sie der Staat die materielle Existenz sicherstellt, sowohl während des Erwerbslebens als auch bei Krankheit und nach Beendigung ihres Berufslebens. Hieraus begründet sich das besondere Dienst- und Treueverhältnis, in dem die Kolleginnen und Kollegen im Berufsbeamtentum stehen. Dass diese Sicherstellung der materiellen Existenz auf dieser Basis im Ergebnis für den Staat sogar günstiger und für die Sozialsysteme effektiver ist, wird selten wahrgenommen.

Ein einseitiges Abschaffen dieses besonderen Verhältnisses gefährdet im Übrigen nicht nur die Zukunft unserer Kolleginnen und Kollegen – es gefährdet im Endergebnis die Wirkungsfähigkeit unseres Staates und den Fortbestand unserer Demokratie.

Dieses wird mit uns nicht zu machen sein.

Ihr/Euer

Alexander Zimbehl



DPVKOM – Gewerkschaftstag RV Nord und RV Ost

Regionalverbände Nord und Ost vereinigt – Andreas Kögler zum Vorsitzenden gewählt

Der 6. Regionalgewerkschaftstag des Regionalverbandes (RV) Nord und der außerordentliche Gewerkschaftstag des RV Ost am 24. und 25. Juli 2021 in Soltau waren die letzten Gewerkschaftstage der jeweiligen Regionalverbände.

So stimmten die insgesamt 87 anwesenden Delegierten der Regionalverbände Nord und Ost bei ihren jeweiligen Gewerkschaftstagen mit großer Mehrheit für eine Vereinigung zum neuen Regionalverband Nord/Ost.

Zum neuen Regionalvorsitzenden wurde dabei der bisherige Vorsitzende des Regionalverbandes Nord, Andreas Kögler, gewählt. Er steht damit in den kommenden fünf Jahren an der Spitze des neuen Regionalverbandes Nord/Ost. Gleichberechtigte stellvertretende Regionalvorsitzende sind Benno Albrecht, Ralf Reinhardt und Jens Rübke.

Wahlen

Daneben standen zahlreiche weitere Wahlgänge auf der Tagesordnung. Hier stimmten die Delegierten für Uwe Kelling als Sachbearbeiter für Finanzen, für Elisabeth Albrecht als Schriftführerin und für Hennig Abel als Schwerbehindertenvertreter. Beisitzer im neuen Regionalvorstand sind Doris Rasehorn, Volker Munk, Hermannus Bleeker, Axel Richert, René Osmanski, Andreas Grage, Christian Steffens und Klaus Obst. Kassenprüfer sind zukünftig Klaus Stuck und Hans-Jürgen Senger, stellvertretende Kassenprüfer Angela Ulbrich und Brigitte Molzahn-Mahnkopf.

Zunächst getrennte Gewerkschaftstage

In seinen Eröffnungsworten zu Beginn des Gewerkschaftstages des RV Nord unter der Leitung



Alexander Zimbehl mit Yesildal Recep

des gewerkschaftlichen Urgeistes Kurt Scherff stellte der alte und neue Regionalvorsitzende Andreas Kögler fest, dass es seit den Betriebsratswahlen im Jahr 2018, bei denen die DPVKOM im Norden über 50 Mandate erringen konnte, viele Herausforderungen gegeben habe. Hierzu zählte er zum Beispiel die Integration der DHL Delivery Regionalgesellschaften in die Niederlassungen.

Er stellte dabei heraus, dass die DPVKOM von Anfang an dafür gekämpft hat, dass die Vorbeschäftigungszeiten bei der Deutschen Post AG bei diesem Übergang für die Beschäftigten angerechnet werden. Darüber hinaus stellte er den hervorragenden Erfolg bei der Forderung nach einer weiteren Corona-Prämie für die Beschäftigten heraus.

Allein die DPVKOM habe mit ihren Aktionen und den zahlreichen Unterschriften bei der

Online-Petition und der Postkartenaktion die Zahlung durchgesetzt. Er bedankte sich ausdrücklich bei allen Mitstreitern in den Ortsverbänden, im Regionalverband und auf Bundesebene.

Vereinigung der Regionalverbände

Nach seinem Tätigkeitsbericht und dem Bericht der Kassenprüfer sowie der Aussprache zu diesen Tagesordnungspunkten stimmte eine große Mehrheit der Delegierten des Regionalverbandes Nord für die Vereinigung mit dem Regionalverband Ost. Dafür sprachen sich auch die Delegierten des Gewerkschaftstages Ost, der zeitgleich stattfand, mit sehr großer Mehrheit aus.

Bundsvorsitzende Christina Dahlhaus

Zu Beginn des gemeinsamen Gewerkschaftstages erinnerte die DPVKOM-Bundsvorsitzen-

de Christina Dahlhaus zunächst an die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe, zu denen auch Post- und Telekom-Kollegen zählen, und bekundete die Solidarität unserer Fachgewerkschaft.

Diese zeigte sich auch darin, dass bei der Spendenaktion im Rahmen des Gewerkschaftstages beachtliche 2.000 Euro eingesammelt werden konnten.

Danach ging sie ebenfalls auf die Erfolge unserer Fachgewerkschaft ein. So hat die DPVKOM auch bei der Telekom als einzige Gewerkschaft eine Corona-Prämie gefordert. Diese wurde Ende 2020 in Höhe von 500 Euro an alle Beschäftigten ausbezahlt. Im Beamtenbereich habe sich unsere Fachgewerkschaft zusammen mit dem dbb erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Familienzuschlag nicht gekürzt wurde.

Christina Dahlhaus forderte in ihren Ausführungen erneut ein digitales Zugangsrecht für Betriebsräte und für Gewerkschaften. Darüber hinaus müssten die Betriebsräte ein Mitbestimmungsrecht hinsichtlich der Arbeitsmenge erhalten.

Grußwort Alexander Zimbehl

Anschließend übermittelte der Vorsitzende des dbb Landesbunds Niedersachsen, Alexander Zimbehl, im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung ein Grußwort. Dabei betonte der Redner, dass er die DPVKOM immer als kämpferische Gewerkschaft kennengelernt habe und die gute Zusammenarbeit in den Landesbünden und auch auf Bundesebene sehr schätze.

Nach einer gelungenen Abendveranstaltung wurde der Ge-



> Alexander Zimbehl mit Christina Dahlhaus

werkschaftstag am 25. Juli mit den Statements zu den berufspolitischen Themen bei Post und Telekom fortgesetzt. Hier stellten Andreas Kögler und der Referent für Telekom, Karlheinz Vernet Kosik, die wichtigsten berufspolitischen Forderungen und Positionen der DPVKOM dar.

die Betriebsratswahlen im Mittelpunkt stehen werden, wurden noch Präsente an das Tagungspräsidium unter der Leitung von unserer neuen Juristin Jessica Zumhoff und die helfenden Hände vieler Ehrenamtlicher verteilt.

Quelle: Maik Brandenburger, DPVKOM

Bevor Andreas Kögler in seinem Schlusswort ein positives Resümee des Gewerkschaftstages zog und einen Ausblick auf die kommenden Wochen und Monate gab, in denen die Kandidatensuche und -schulung sowie

Der NBB gratuliert dem neuen Regionalverband Nord/Ost zur Vereinigung sowie allen Kolleginnen und Kollegen zu ihren jeweiligen Wahlen.

Veranstaltungshinweis 13. Deutscher Seniorentag 2021

Der 13. Deutsche Seniorentag 2021 öffnet am 24. November 2021 in Hannover im historischen Kongress- und Veranstaltungszentrum HCC seine Tore. Drei Tage lang dreht sich alles um die Frage, wie ein gutes Leben im Alter gelingen kann und was alle zusammen dafür tun können.

Nach der feierlichen Eröffnung geht es weiter mit Vorträgen, Mitmachangeboten, Workshops, Podiumsdiskussionen, einer Messe und einem Unterhaltungsprogramm. Mit einem Angebot aus 150 Einzelveranstaltungen erlebt jede Besucherin und jeder Besucher einen ganz individuellen Deutschen Seniorentag.

Mit dem Motto „Wir. Alle. Zusammen.“ setzt der 13. Deutsche Seniorentag 2021 ein Zeichen für das gemeinschaftliche Ziel, ein gesundes und aktives Leben bis ins hohe Alter möglich zu machen.

Alle sind aufgerufen, den Zusammenhalt zwischen den Generationen zu stärken und gute Antworten auf die drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen zu

finden. Nur gemeinsam kann eine nachhaltige und lebenswerte Zukunft gelingen, heute, morgen und übermorgen.

■ Programmvorschau

Feierliche Eröffnung

Der Deutsche Seniorentag wird am 24. November 2021 im Kuppelsaal des Hannover Congress Centrum (HCC) in einer feierlichen Veranstaltung von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet. Der ökumenische Gottesdienst des Deutschen Seniorentages wird am Abend in der Marktkirche Hannover gefeiert.

Programm im Kuppelsaal

Im Kuppelsaal präsentiert der Deutsche Seniorentag drei Tage lang ein attraktives Programm



© filiadendron/istock

mit Talkrunden, Vorträgen und Lesungen. Auch hier dreht sich alles um das Thema Älterwerden.

Einzelveranstaltungen

In mehr als 150 Einzelveranstaltungen werden alle Facetten des Lebens im Alter und der Seniorenarbeit beleuchtet. Neben Podiumsdiskussionen und Vorträgen mit Expertinnen und Experten stehen Veranstaltungen auf dem Programm, die zu Diskussion und Beteiligung einladen. Auf der Messebühne erwarten Sie informative und unterhaltsame Kurzveranstaltungen.

Die Messe

Auf der Messe des Deutschen Seniorentages werden auf 6.000 m² regionale und überregionale Produkte und Dienst-

leistungen präsentiert. Zudem gibt es attraktive Aktionen der Aussteller und vielfältige Mitmachangebote. Ein unterhaltsames und informatives Bühnenprogramm mit Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Theater, Tanz und Musik begleitet die drei Tage, die jeweils einen thematischen Schwerpunkt haben

- > Digitale Welt: gemeinsam – vernetzt – unterwegs, Mittwoch, 24. November 2021
- > Gesundheit: aktiv – engagiert – informiert, Donnerstag, 25. November 2021
- > Vorsorge: umfassend – sicher – versorgt, Freitag, 26. November 2021

Weitere Informationen finden Sie unter www.deutscher-seniorentag.de.



Presse aktuell

Aktuelles aus unseren Mitgliedsgewerkschaften

Hier berichten wir auszugsweise, was unsere Mitgliedsgewerkschaften in den vergangenen Wochen beschäftigt hat.

DPoIG



Der stellvertretende Landesvorsitzende der DPoIG Niedersachsen, Lars Hitzemann, hat bereits in der Juli-Ausgabe des POLIZEISPIEGEL in einem Artikel deutlich herausgearbeitet, dass das gerade verabschiedete „Gesetzespaket zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder“ zwar ein Schritt in die richtige Richtung darstellt, dieser jedoch keineswegs ausreichend sei.

Er skizziert dabei klar die Grenzen des Maßnahmenpaketes, die weniger inhaltlicher Natur denn schlicht struktureller Art sind. Die reine Strafrechtsverschärfung und Kategorisierung des Besizes von Kinderpornografie als Verbrechenstatbestand sei unzureichend. Parallel dazu müssten die Ermittlungskompetenzen und die personelle Ausstattung ausgebaut werden.

Insofern ist es ein erster kleiner Schritt, wenn die niedersächsische Justiz hier nun reagiert. Justizministerin Barbara Havliza gab bekannt, dass die Anzahl der in diesem Kontext tätigen Staatsanwälte erhöht worden ist. Gleichsam wird festgestellt, dass die reine Strafverschärfung eben nicht die Taten verhindere, sondern vielmehr die Erhöhung des Entdeckungsrisikos entscheidend sei.

Daraus folgt ganz klar, dass zwar richtige Schritte unternommen werden, sie aber bei Weitem nicht ausreichend sind. Gerade in Niedersachsen sollte man im politischen Umgang mit diesem Deliktsbereich sensibilisiert sein und vor allem seine Lehren aus der unwürdigen Diskussion um den Ermittlungskomplex aus Northeim/Lügde gezogen haben.

Laut DPoIG muss noch deutlich mehr passieren. Ziel muss es sein, das immense Dunkelfeld so weit wie möglich aufzuhellen. Die DPoIG fragt sich, wie es sein kann, dass die personelle Ausstattung bei der Polizei hierbei nicht signifikant verbessert wird, und wie es sein kann, dass man sich nicht auch fachlich mit den richtigen IT-Experten verstärkt, um im Dickicht des Darknets Täter ausfindig zu machen.

Seit 2016 ist die Zahl der Fälle von sexualisierter Gewalt an Kindern in Niedersachsen von 1.630 auf 4.532 Fälle in 2020 angestiegen. Bis Jahresende droht prognostisch eine weitere Verdopplung. Ein Anstieg, der nicht nur durch Fälle im Internet gekennzeichnet ist, sondern auch durch sich erhöhende Fälle im familiären Kontext – sicherlich auch katalysiert durch die häusliche Enge aufgrund der Pandemie. Auch hier bedarf es speziell geschulter Ermittler und zeitintensiver Befassungen mit so gelagerten Sachverhalten.

Die DPoIG fordert daher: „Wir brauchen mehr Richter, mehr Staatsanwälte, mehr Haftplätze, aber vor allem mehr Ermittler!“

PHVN



Auf einer Tagung der Arbeitsgemeinschaften der Jungen Philologen und der Seminar- und Fachleiter im Juli stellten die Lehrerinnen und Lehrer dem Kultusminister zum Schuljahresende ein schlechtes Zeugnis aus.

Während die Schulen stets im Hauptblickfeld des Kultusministeriums standen, wurde die Lehrerbildung im letzten Jahr aus den Augen verloren. Die Arbeitsgemeinschaften waren

sich einig, so kann und darf es in der Lehrerbildung nicht weitergehen.

Das neue Schuljahr muss als Startschuss für die Aufnahme aller Präsenzveranstaltungen an den Studienseminaren verstanden werden. Noch mehr Ausfall oder Ersatz durch digitale Ausbildungsformate darf es nicht geben, bereits heute ist die Ausbildung der jungen Lehrerinnen und Lehrer gefährdet.

Der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Peter Gewalt, verlangt die Lehrerbildung zu verstetigen und das geht nur mit einer Verlängerung des Referendariats.

Kritisiert werden auch die Kürzungen in der Lehrerbildung, insbesondere dass Fahrzeiten zu den Ausbildungsschulen nicht mehr angerechnet werden sollen. „So wird die Lehrerbildung in der Fläche kaputtgemacht. Die Attraktivität der Lehrerbildung hat stetig nachgelassen. Demnächst muss man wohl noch Geld mitbringen, um zukünftige Lehrkräfte auszubilden“, stellt Matthias Pretz (AG der Seminar- und Fachleiter) fest.

Die beiden Arbeitsgemeinschaften fordern konkret:

- > Wiederaufnahme der Fachsitzungen und der pädagogischen Sitzungen in Präsenz
- > Wiederaufnahme von kollegialen Hospitationen durch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst
- > Sofortige Teilnahme der Ausbildungslehrkräfte der Schulen an den Hospitationen; der kollegiale Austausch ist für beide Seiten unverzichtbar
- > Gemeinsame Unterrichtsbesuche auch wieder als gemeinsame Veranstaltungen realisieren
- > In allen Staatsexamensprüfungen wieder Zuhörerinnen und Zuhörer zulassen

- > Mehr in die Lehrerbildung investieren, alle Etatkürzungen sofort zurücknehmen
- > Teilhabe der Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst am bundesweiten Digitalpakt
- > Rückkehr zu 21 Monaten Referendariat (Grundsatzpapier Lehrerbildung des PHVN)
- > Ausbilderinnen und Ausbilder stärker entlasten, Wertschätzung der an der Ausbildung mitwirkenden Lehrkräfte auch durch finanziellen Anreiz schaffen

Der Vorsitzende des Philologenverbandes, Horst Audritz, unterstützt die Forderungen ausdrücklich: „Jeder eingesetzte Euro in die Lehrerbildung ist eine Investition in die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler. Wer an der Lehrerbildung spart, schadet zukünftigen Generationen.“

Der Fokus muss nun dringend wieder von der akuten Hilfe in den Schulen in die gesamte Breite des niedersächsischen Bildungswesens gehen, sonst werden die Nachwirkungen der Pandemie noch dramatischer sein als ohnehin zu befürchten.“

VBE



„Bei dem heutigen Bund-Länder-Treffen feilscht man um Rechte für Geimpfte, Genesene und Getestete und verliert dabei die große Gruppe der Kinder und Jugendlichen aus dem Blick, die entweder aus Altersgründen nicht geimpft werden dürfen oder trotz fehlender Empfehlung der Stiko zum Impfen gedrängt werden. Wenn das Versprechen offener Schulen nicht eingehalten werden kann, können so die Eltern dafür verantwortlich gemacht werden, weil sie ihre Kinder ja nicht zum Impfen geschickt haben“, so Franz-Josef Meyer, Vorsitzender des VBE, am 10. August 2021 in der



Bewertung der aktuellen Debatte um mehr Freiheiten für Geimpfte.

Anstatt den Druck auf die über 30 Millionen Impfverweigerer der 18- bis 59-Jährigen zu erhöhen, nimmt man lieber die circa vier Millionen Kinder und Jugendlichen ins Impfvisier und reibt sich an der Stiko.

Das Manöver ist durchsichtig: In Wahlkampfzeiten wollen die Parteien potenzielle Wählergruppen nicht vergraulen und nimmt damit die Gefährdung von Kindern durch erwachsene Impfverweigerer billigend in Kauf. Die Folge sind vermehrte Infektionsherde in Schulen, die dann wieder im Wechselmodell landen oder schließen müssen.

Mit der von Niedersachsen favorisierten Abkehr vom inzidenzbasierten Stufenplan ist zukünftig völlig unklar, wann noch vollständiger Präsenzunterricht möglich ist und welche Quarantäneregeln bei Infektionsfällen noch gelten. Damit wird de facto einer „Durchseuchung“ der Schulen angesichts des geringeren Risikos für Kinder, an Corona schwer zu erkranken, Tür und Tor geöffnet.

Meyer dazu: „Der VBE warnt davor, die Kontrolle über das Infektionsgeschehen gerade jetzt beim Anrollen der vierten Welle aus der Hand zu geben und unvorsichtig zu werden. Der gebetsmühlenartig wiederholte feste Glaube der Schulpolitiker an den Präsenzunterricht kann nur gelingen, wenn alle möglichen Schutzmaßnahmen ergriffen werden. Dazu gehört auch die weitere Anwendung eines klar definierten Stufenplans für die Szenarien B und C für die Schulen.“

Eine vorschnelle Aufhebung aller inzidenzbasierten Maßnahmen und die Reduzierung des Infektionsschutzes auf Maskenpflicht und Zugangsberechtigungen für Geimpfte, Genesene und Getestete kann für die Schulen keine Option sein. Ohne Regelungen kann sich das Coro-

navirus rasend schnell in den Schulen ausbreiten und den Traum vom regulären Präsenzunterricht schnell zum Platzen bringen.“

■ VNL/VDR



Zur Ankündigung, Jugendliche ab 12 Jahren nach den Sommerferien auch in Schulen impfen zu wollen, erklärt Torsten Neumann, Vorsitzender des Verbandes Niedersächsischer Lehrkräfte VNL/VDR:

„Grundsätzlich sehen wir jede Maßnahme, die unsere Schulen coronasicherer macht, positiv. Je mehr Personen an Schulen geimpft sind, desto besser – aber: Es darf nicht zu einer Impfpflicht durch die Hintertür kommen. Eine Impfung Jugendlicher ab 12 Jahren an den Schulen nach den Sommerferien muss auch organisatorisch durchdacht werden, Ankündigungen beziehungsweise Absichtserklärungen reichen nicht aus. Davon haben wir in der Vergangenheit schon genug aus Hannover zu hören bekommen.“

Hier sei aktuell nur auf die aktuellen Probleme bei der Beschaffung und Bezuschussung der Luftfilteranlagen für die Schulen hingewiesen. Die Schulen selbst dürfen durch die Aktion nicht weiter belastet werden, wenn es um die Organisation der Impfungen vor Ort geht.

Unsere Schulen sind bereits jetzt sehr belastet, die Unterrichtsversorgung und -organisation für das neue Schuljahr ist noch nicht an allen Schulen in trockenen Tüchern. Da können wir uns nicht auch noch um die Impfungen kümmern. Sehr hilfreich wäre eine Impfpflicht der Ständigen Impfkommision (STIKO), das würde die Impfakzeptanz bei vielen Eltern sicherlich erhöhen. (Nachtrag: eine solche Impfpflicht gibt es mittlerweile.)

Auf alle Fälle muss die Teststrategie beibehalten werden,

besonders in den ersten beiden Schulwochen. Es muss endlich gehandelt und nicht nur angekündigt werden, das gilt nicht nur für die Impfung der Schülerinnen und Schüler ab 12 Jahren. Schließlich wollen wir alle wieder so viel Normalität wie möglich an unseren Schulen!“

■ GDL



Nicht nur wie bisher in den Transportgesellschaften, auch in den Werkstätten und den Stellwerken, ja sogar in der Verwaltung der DB haben die Eisenbahner Flagge gezeigt“, so der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL), Claus Weselsky, in einer Pressekonferenz am 13. August 2021 zur Bilanz des Arbeitskampfes in Berlin.

Die DB hat ihr Versprechen nicht gehalten, 25 Prozent der Fernverkehrszüge und 40 Prozent des Regionalverkehrs aufrechtzuerhalten. Auch viele Güterzüge waren vom Streik betroffen. Deutliche Auswirkungen gab es zudem bei den von der GDL erstmals bestreikten Stellwerken.

Alle Versuche des Arbeitgebers, den Ausstand der GDL gegenüber Kunden und Mitarbeitern kleinzureden, verblassten angesichts der realen Streikauswirkungen.

Forderungen liegen weit auseinander

Die DB behauptet immer wieder, die Forderungen lägen nicht weit auseinander. Auch wenn sie das viele Male wiederholt, wird es nicht richtig.

„Von Anfang an versucht die DB uns durch Tricksen und Täuschen zu diskreditieren. Beim direkten Personal kommt das nicht gut an, wie die Stimmung beim Arbeitskampf gezeigt hat“, so Weselsky.

Die angeblich seit Juni 2021 immer wieder verbesserten Angebote liegen nämlich alle noch weit unter dem Schlichtungser-

gebnis vom vergangenen Jahr. Es sind eben keine Peanuts, ob die erste Entgelterhöhung noch im April 2021 kommt oder erst im Jahr 2022 und die zweite statt April 2022 erst ein Jahr später.

Das ist aber bei Weitem nicht alles: Denn von einer Corona-Prämie (600 Euro) will der Arbeitgeber gar nichts wissen, obwohl die Eisenbahner den Verkehr auch in der größten Pandemie sicher und zuverlässig rund um die Uhr aufrechterhalten haben. Die gut bezahlten Führungskräfte haben sich im sicheren Homeoffice hingegen satte Boni genehmigt.

Der Gipfel ist jedoch die Kürzung der ohnehin mageren Betriebsrente, die sich die Eisenbahner hart erarbeitet haben. Das bedeutet für viele Kollegen eine Einbuße um rund ein Drittel ihrer Betriebsrente auf etwa 100 Euro. Gleichzeitig haben sich die Führungskräfte Renten bis zu 20.000 Euro gesichert. Nicht zuletzt sollen die ohnehin vom Schichtdienst gebeutelten Mitarbeiter auch noch Verschlechterungen bei der Arbeitszeit hinnehmen und noch flexibler und schneller zum Dienst beordert werden können als bisher. Planungssicherheit Fehlanzeige.

Kein politischer Streik

Die GDL weist den Vorwurf des politischen Streiks auf Schärfste zurück. Im Streik kämpft das direkte Personal für verbesserte Entgelt- und Arbeitsbedingungen und für nichts anderes. Die GDL engagiert sich zwar, um das katastrophale Missmanagement zu beenden, bei denen der Arbeitgeber Milliarden verzockt hat. Das ist jedoch keine tarifliche Baustelle.

GDL fordert verhandelbares Angebot

Will der Arbeitgeber die Arbeitskämpfe nachhaltig beenden, muss er der GDL schnellstens ein verhandelbares Angebot unterbreiten.



„Die Eisenbahner haben Anerkennung und Wertschätzung ihrer Arbeit verdient. Die DB muss die Steuergelder endlich in die Eisenbahner, in die Zukunft des Eisenbahnsystems und in die Klimaziele investieren und darf sie nicht länger sinnlos verbren-

nen. Die Fahrgäste werden es ihr danken“, so der GDL-Bundesvorsitzende.

Protest vor dem Bahntower

Am 17. August 2021 zeigten der dbb und die GDL um 13.30 Uhr

in Berlin am Potsdamer Platz Flagge und demonstrierten.

„Gemeinsam mit dem gerade abgeschlossenen Arbeitskampf sollte das Bahnmanagement diese Aktion sehr ernst nehmen und sich von seiner Eskala-

tions und Täuschungsstrategie schnellstmöglich verabschieden. Statt Nebelkerzen zu werfen, gilt es ein verhandlungsfähiges Angebot auf den Tisch zu legen“, so Weselsky. „Die Wut der Eisenbahner über dieses Management wächst stündlich.“ ■

VDL Niedersachsen

Heute wollen wir den VDL-Landesverband Niedersachsen im VDL-Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt vorstellen. Wir haben dafür mit Dr. Juhl Jörgensen gesprochen, der als einer von drei Vorsitzenden die Belange des öffentlichen Dienstes vertritt.

Herr Dr. Jörgensen, wir würden uns freuen, wenn Sie uns Ihre Gewerkschaft etwas näher vorstellen.

Der VDL-Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt vertritt die beruflichen Interessen derjenigen, die ein Hochschulstudium in den Agrarwissenschaften, Ernährungs-, Forst- und Gartenbau- bis hin zu den Umweltwissenschaften absolviert haben oder noch absolvieren. Der VDL-Landesverband Niedersachsen ist mit aktuell über 400 Mitgliedern einer von sieben rechtlich selbstständigen Landesverbänden und zwei Landesgruppen im VDL-Bundesverband, der als Dachverband mit einer hauptamtlichen Geschäftsstelle in Berlin ansässig ist.

Der VDL ist ein Berufsverband. Da die Absolvent*innen der grünen Studiengänge auf dem Arbeitsmarkt als Generalisten gelten, sind VDL-Mitglieder praktisch überall anzutreffen: von der Agrarverwaltung bis zur Zukunftsforschung, vom öffentlichen Dienst über Fach- und Führungspositionen im Agribusiness bis hin zu landwirtschaftlichen Betrieben und wissenschaftlichen Institutionen. Insofern ist der VDL als Berufsverband nur bedingt mit einer „klassischen Gewerkschaft“ zu vergleichen.

Der VDL bildet das einzige berufliche Netzwerk der grünen Branche, das deutschlandweit alle Hochschulen und Fachrichtungen, alle Unternehmen und Institutionen und alle Generationen von den Studierenden bis zu den Pensionären unter einem gemeinsamen Dach vereint. Angesichts der Heterogenität der Berufsfelder setzt der VDL den Schwerpunkt auf differenzierte Berufsfeldarbeit mit fachübergreifenden Ansätzen der beruflichen Weiterbildung und Förderung von Soft Skills.

Nachdem ursprünglich der öffentliche Dienst als Hauptarbeitgeber die wichtigste Rolle für die VDL-Mitglieder spielte, verschob sich in den letzten Jahrzehnten das Verhältnis zugunsten der gewerblichen Wirtschaft. In der Agrarverwaltung ist die Landwirtschaftskammer Niedersachsen der wichtigste Arbeitgeber. Weitere bedeutende Arbeitsbereiche in Niedersachsen sind die Berufsschulen sowie Institutionen der landwirtschaftlichen Ressortforschung des Bundes.

Beschreiben Sie bitte Ihren persönlichen Weg als Gewerkschafter bis zum Vorsitzenden.

Mein berufsständisches Engagement begann 1995 im Sprecherteam der VDL-Studentengruppe Göttingen, 2011 wurde ich in den Vorstand des VDL-Landesverbandes Hannover gewählt. Im Jahr 2000 trat ich auch in den Landesverband der Agraringenieure Niedersachsen (LAI) ein, dessen Vorsitz ich 2015 übernahm. 2016 konnten wir die Verschmelzung der drei Berufsbände VDL Weser-Ems, VDL



> Dr. Juhl Jörgensen

Hannover und LAI zum VDL-Berufsverband Agrar, Ernährung, Umwelt – Landesverband Niedersachsen vollziehen. Seitdem bin ich einer von drei Vorsitzenden des VDL Niedersachsen und seit 2019 Sprecher der Sparte Öffentlicher Dienst des VDL-Bundesverbandes. Hier trete ich dafür ein, die Sparte Öffentlicher Dienst zu stärken und die Werbung von Mitgliedern für den dbb/NBB zu intensivieren.

Als Teil der großen NBB- und dbb Familie ist auch Ihr Verband in das verbandsgewerkschaftliche Gesamtkonzept mit eingebunden. Welche Erwartungen haben Sie an den NBB in den kommenden Jahren?

Meine Erwartung an den NBB ist, dass er sich auf Landesebene für einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst einsetzt, der auch die Anforderungen und Erwartungen erfüllen kann, die seitens der Gesellschaft hinsichtlich der Aufgabenerledigung in Verwaltung, Bildung, Sicherheit, Ernährung und Umwelt gestellt werden. Dafür ist nicht nur eine ausreichende Finanzmittelausstattung in den jeweiligen Ressorts erforderlich, sondern auch die Gewinnung von geeigneten und motivierten Nachwuchskräften für neu zu besetzende Stellen.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Erwartung, dass sich der NBB in den kommenden Jahren für gute Weiterentwicklungsmöglichkeiten der bereits im öffentlichen Dienst beschäftigten Beamten und Angestellten einsetzt und auch für die Verbesserung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes bei potenziellen Bewerbern und Berufsanfängern einsteht. Insbesondere die Digitalisierung spielt in diesem Zusammenhang eine immer wichtigere Rolle.

Die vergangenen 1,5 Krisenjahre waren für die gesamte Bevölkerung sehr anstrengend und fordernd. Was war in Ihrem Verband besonders herausfordernd? Wo lagen Schwierigkeiten und wo haben sich vielleicht sogar Chancen ergeben?

Auch in unserem Verband war es herausfordernd, den Kontakt zu den einzelnen Mitgliedern zu halten. Telefonate und Mails waren kein ausreichender Ersatz und die digitalen Kommunikationswege mussten wir uns erst erschließen. Und genau darin boten sich Chancen. Mit neuer Technik setzten sich Online-Besprechungen und Online-Tagungen durch. Auch wenn digitale Formate ganz neue Möglichkeiten bieten, Mitglieder unabhängig von Entfernungen einzubinden, sind persönliche Kontakte dennoch unverzichtbar. Wir nehmen aus dieser Zeit mit, dass wir sowohl den persönlichen Kontakt als auch schnelle und effiziente Online-Formate für eine gute Verbandsarbeit brauchen und und nutzen werden.

Wir bedanken uns recht herzlich bei Herr Dr. Jörgensen und dem VDL Niedersachsen. ■

